

## BULLETIN N°056 - 7. APRIL 2010

- ❖ **EU: PLÄDOYER FÜR MEHR KOMMERZIALISIERUNG**  
Maastrichter Hochschulpräsident als Stichwortgeber für die liberale Agenda der EU
- ❖ **BELGIEN: INEFFIZIENTE PRIVATE STUDIENHILFE**  
Universitäten beklagen aggressive Werbemethoden privater Nachhilfeschulen
- ❖ **BULGARIEN: UMBAU DER NATIONALEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN**  
Die Akademie reagiert auf Budgetkürzungen und öffentliche Kritik
- ❖ **DEUTSCHLAND: ZWEI-KLASSEN-SYSTEM DER MOBILITÄT**  
Studentenverband fordert dieselbe Bewegungsfreiheit für Nicht-EU-Studenten
- ❖ **FRANKREICH: GRANDES ÉCOLES SETZEN AUF INTERNATIONALISIERUNG**  
Hunderttausende asiatische Gaststudenten und ausländische Filialen wecken Begehrlichkeiten
- ❖ **GRIECHENLAND: REBELLISCHE REKTOREN**  
Hochschulleiter wehren sich gegen das Verbot der Wiederwahl
- ❖ **GROSSBRITANNIEN: 20.000 STUDIENPLÄTZE MEHR**  
Regierung lindert die große Studienplatzknappheit – ein Wahlgeschenk?
- ❖ **IRLAND AUF DER STRASSE DES ERFOLGES**  
Neuordnung des irischen Kabinetts verspricht stärkere Ökonomisierung der Hochschulen
- ❖ **ITALIEN: DUBIOSE ONLINE-UNIVERSITÄTEN**  
Abgespecktes Studium plus horrenden Preise gleich anerkannter Abschluss
- ❖ **NIEDERLANDE: 1 MRD. EURO EINSPARUNGEN IM HOCHSCHULSEKTOR**  
Sparkommission schlägt Studienkredite statt staatlicher Förderung und höhere Gebühren vor
- ❖ **ÖSTERREICHS PRIVATUNIS WOLLEN MITREDEN**  
Die privaten Hochschulen wollen mit einer eigenen Interessenvertretung in die Politik eingreifen
- ❖ **PORTUGAL: PRAKTIKA FÜR ARBEITSLOSE AKADEMIKER**  
5000 Praktikumsplätze im öffentlichen Dienst sollen den schwachen Arbeitsmarkt stimulieren
- ❖ **SCHWEIZ: STREIT UM MASTERTITEL FÜR LEHRER**  
Was ist wichtiger: ein internationaler Titel oder die lokale Lehrerlaubnis?
- ❖ **SPANIEN MÖCHTE DREIMAL MEHR AUSLÄNDISCHE STUDENTEN**  
Neue Stiftung wirbt weltweit für Spanien als Studienland, aber englischsprachige Angebote fehlen
- ❖ **NEUE UNIVERSITÄTEN IN DER TÜRKEI**  
Regierung sieht in Hochschulgründungen eine Investition in die Zukunft



**ESNA**

– die einzigen europäischen Hochschulnachrichten, die diesen Namen verdienen.

## EU: PLÄDOYER FÜR MEHR KOMMERZIALISIERUNG



Photo: parlement

Jo Ritzen, geb. 1945, Rektor der Universität Maastricht seit 2003. Ehemaliger Berater der Weltbank und niederländischer Bildungsminister

Im Vorfeld der Einigung über die EU2020-Strategie, die die Lissabon-Agenda ablösen soll, fordert Jo Ritzen mehr kommerzielle Freiheiten für die Universitäten. Ritzen, ehemaliger niederländischer Bildungsminister und Rektor der Universität Maastricht, will sein neues Buch „*A Chance for European Universities*“ im Juni veröffentlichen. Die „Chance“ besteht für ihn in der Wirtschaftskrise, in der die Universitäten sich „vom Gängelband öffentlicher Gelder“ lösen können, um stärker aus Unternehmensgewinnen wie Patenten und Studiengebühren zu schöpfen. Dass nur zwei europäische Hochschulen zu den Top 40 der Welt zählen, zeigt seiner Ansicht nach, dass Europa „den

Kampf um Talente“ zu verlieren droht.

Ritzen hat vor, sein Buch gleichzeitig mit einem „Manifest zur europäischen Hochschulreform“ in Brüssel vorzustellen. Wie weit die Staaten seinen Liberalisierungswünschen und denen der EU geneigt sind, wird sich dann zeigen. [967]

[Buchpräsentation](#) online (auf Englisch)

## BELGIEN: INEFFIZIENTE PRIVATE STUDIENHILFE

Privatschulen, die kommerziell auf Prüfungen vorbereiten, werden immer aggressiver. Vera Hoogens, eine Psychologieprofessorin der katholischen Universität Löwen, sagte gegenüber ESNA: „Diese Firmen versuchen, auf den Campus zu gelangen, und garantieren positive Resultate, was unmöglich ist. Außerdem ist der Preis sehr hoch und die Qualität sehr niedrig.“

Auch Doktorand Daniël Van Steenberghe von der Universität Gent ist besorgt: „Wir sehen die ‚Repetitorenbureaus‘ seit vier Jahren immer populärer werden. Wenn dieser kostspielige Trend anhält, wird es eine Frage des Elterneinkommens werden, den Test zu bestehen.“ Van Steenberghe hat ermittelt, dass sich ein Viertel der Bewerber zum Medizinstudium per Privatunterricht auf die Zulassungsprüfung vorbereitet, dass diese Anwärter jedoch nicht besser abschneiden als Prüflinge ohne kommerzielles Coaching.

Professorin Hoogens ergänzt, dass die kostenfreien Vorbereitungskurse der Universität bei weitem nicht ausgenutzt werden. [1024]

## BULGARIEN: UMBAU DER NATIONALEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Die Bulgarische Akademie der Wissenschaften (BAS) hat Neuwahlen seiner Institutsdirektoren angekündigt. Diese Ankündigung erfolgt aufgrund drastischer Budgetkürzungen seit dem letztem Jahr und öffentlicher Kritik daran, dass es der Akademie nicht gelungen ist, Lehrkräfte auszubilden.

Nach einer Umfrage im März ist die Mehrheit der Bevölkerung für den Erhalt (und gegen die von Bildungsminister Sergej Ignatow angedrohte Schließung) der

Akademie, findet aber, sie sollte effizienter werden und sich an anderen europäischen Beispielen orientieren.

Der Vorschlag des BAS-Vorstands, die 69 Institute auf 42 zu reduzieren und unter neun Haupteinheiten zusammenzufassen, wird von der Generalversammlung noch diskutiert. Auch das Vorhaben, eine eigene Forschungsuniversität zu gründen, die jährlich bis zu 700 Doktoranden ausbilden kann, steht weiterhin zur Debatte. [921]

[Umfrageergebnisse](#) zur BAS, 22.03.2010 (auf Englisch)

## DEUTSCHLAND: ZWEI-KLASSEN-SYSTEM DER MOBILITÄT

Der Verband ausländischer Studierender in Deutschland (BAS) kritisiert das Bildungsministerium und fordert die Abschaffung des Zwei-Klassen-Systems im Europäischen Hochschulraum. Freie Mobilität, so der BAS, gebe es dort nur für Studierende aus den EU-Ländern, für die die EU-Freizügigkeitsregelungen gelten, und für Studenten aus wenigen privilegierten Staaten. Die Studierenden aus den übrigen der 47 Bologna-Staaten hätten keinen Anspruch auf ein Studium in Deutschland; die Erteilung eines Visums zum Studium sei ein Gnadenakt ohne jeglichen Rechtsanspruch.

„Die Forderung des BAS, rechtlich hier nachzubessern, wird von den Verantwortlichen abgelehnt“, sagt Johannes Glembek, Geschäftsführer des BAS. „Auch in anderen Bereichen sind die Studierenden aus Nicht-EU-Staaten des Bologna-Prozesses rechtlich massiv diskriminiert. Von einer ‚European Higher Education Area‘ zu reden ist ein Hohn.“ [928]

[Pressemitteilung](#) des BAS, März 2010

## FRANKREICH: GRANDES ÉCOLES SETZEN AUF INTERNATIONALISIERUNG

Die Grandes Écoles, die dieses Jahr als veraltet und elitär in Verruf geraten sind (*s. Bulletin N°044 - 13.1.2010*), gehen mit einer Internationalisierungskampagne in die Offensive. Ihr Verband CGE eröffnet die Debatte mit neuem Design, einer Konferenz am 6. April und dem Vorschlag, Hochschulen und Studentenschaft zu internationalisieren.

Angesichts des enormen Wachstumspotentials der asiatischen Länder schlägt CGE-Präsident Pierre Tapie in *Le Figaro* vor, in zehn Jahren die Zahl der ausländischen Studenten von derzeit 250.000 auf 750.000 zu erhöhen. Zugleich müsse man wie die Commonwealth-Länder Hochschulfilialen im Ausland gründen. Kostendeckende Studiengebühren von 12.000 Euro pro Jahr, rechnet Tapie vor, brächten Frankreich gut 5 Mrd. Euro jährlich ein. Dass dafür das Loi-Toubon aufgehoben werden muss, das Französisch als einzige Unterrichtssprache vorschreibt, hält Tapie für ausgemacht. [962]



Pierre Tapie, geb. 1957,  
Präsident der Konferenz der Grand  
Écoles (CGE) seit Juni 2009

Internationale [Webseite](#) des CGE | [Interview](#) in LE FIGARO, 19.03.2010 (auf Französisch)

## GRIECHENLAND: REBELLISCHE REKTOREN

Das griechische Bildungsministerium ist entschlossen, das Gesetz anzuwenden, das Rektoren die Wiederwahl verbietet. Obwohl das Gesetz schon seit 2006 in Kraft ist, wurde es bisher nicht angewandt.

Diese Ankündigung hat Konstantinos Moutzouris kalt gelassen. Der Leiter der Technischen Universität von Athen ist entschlossen, die ministerielle Anweisung zu ignorieren und im Mai mit anderen „nicht wählbaren Rebellen“ erneut zu kandidieren. Andere Rektoren drohen mit einer Art Verwaltungsboykott und wollen wenn nötig keine Abschlusszeugnisse im September ausstellen.

Der Rektor der Universität Athen Dimitris Asimakopoulos ist moderater, er sagte gegenüber der Zeitung *To Vima*: „Es ist gefährlich, wenn nicht wählbare Kandidaten antreten. Das könnte unsere Institutionen für mehr als zwei Jahre in eine unsichere Situation bringen.“ Nach dem Gesetz dürfen Rektoren nur einmal für vier und nicht wie immer noch üblich mehrmals für je drei Jahre gewählt werden. [960]

## GROSSBRITANNIEN: 20.000 STUDIENPLÄTZE MEHR

Die Regierung will 20.000 zusätzliche Studienplätze finanzieren, um der ungewöhnlich hohen Nachfrage in diesem Jahr entgegenzukommen. Die Plätze sollen vor allem in MINT-Fächern geschaffen werden. Finanzminister Alistair Darling kündigte bei der Bekanntgabe des Haushaltsplanes am 24. März an, dass dafür 270 Mio. Pfund (305 Mio. Euro) ausgegeben werden.

Nachdem die Regierung selbst das Studienplatzbudget begrenzt und für dieses Jahr bereits um 6000 Plätze gekürzt hat, ist die öffentlichkeitswirksame Gabe nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Bis zu 200.000 Studienbewerber mehr als im Vorjahr werden diesen Herbst erwartet (*s. Bulletin N°054 – 24.3.2010*).

Die Budgetkürzungen haben auch zu Entlassungen an den Hochschulen geführt. Es wird „größere Klassen und eine größere Arbeitsbelastung für das verbliebene Personal geben“, sagt Hochschulgewerkschafterin Sally Hunt, „und das wird zu einem Qualitätsverlust der Ausbildung führen.“ [905]

[Budget 2010 Report](#), 24.03.2010 |

[Kommentar](#) der Hochschulgewerkschaft UCU, 24.03.2010 (beide auf Englisch)

## IRLAND AUF DER STRASSE DES ERFOLGES



Batt O'Keefe, geb. 1945, irischer Minister für Bildung und Wissenschaft seit 2008

Während in Irland die Bildungsminister die Stühle wechseln, ist Schmalhans Küchenmeister bei den Studenten. Minister Batt O'Keefe und seine Kollegin Mary Coughlan haben die Posten getauscht. Coughlan wird sich im neuen *Department for Education and Skills* mehr den Schulen widmen, während O'Keefe ab sofort das *Department for Enterprise, Trade and Innovation* leitet. Analog zur Abschaffung des Hochschulministeriums in England, das in das

Business-Ministerium unter Peter Mandelson eingegliedert wurde, deutet auch die irische Reform eine weitergehende Kommerzialisierung des Hochschulsektors an. Die aktuelle Ausgabe des TIME-Magazins zitiert indes den Studentenvertreter Hugh Sullivan: „Ich habe von Studenten gehört, die von gestohlenen Keksen aus der College-Kapelle gelebt haben, und anderen, die monatelang in ihren Autos wohnten.“ Obwohl die Studenten nicht in der Arbeitslosenquote (z. Z. bei 13,1 %) auftauchen, „sind sie das verborgene Opfer der Finanzkrise.“ [968]

TIME-Artikel, 04.04.2010 (auf Englisch)

## ITALIEN: DUBIOSE ONLINE-UNIVERSITÄTEN

Elf Online-Universitäten hat Italien, so viele wie kein anderes europäisches Land. Die knapp 14.000 immatrikulierten Studenten sind zumeist älter als 25 Jahre, die Mehrheit erreicht ihren Abschluss vor Ende der 36-monatigen Regelstudienzeit. 100 Mio. Euro setzt die Branche jährlich um, Master- und Weiterbildungsangebote nicht mitgerechnet.

Die Tageszeitung *La Repubblica* ist dieser italienischen Anomalie auf den Grund gegangen und fand heraus, dass viele der Unis mit privaten Zentren für Prüfungsvorbereitung verbündelt sind. Durch die kostspieligen Dienste dieser Zentren können Studenten an den Online-Universitäten mühelos einen Abschluss erlangen, der den staatlichen Zertifikaten – sowohl bei öffentlichen Stellenausschreibungen, als auch zur Karriereförderung – in nichts nachsteht. 3000 bis 4000 Euro betragen die Jahresgebühren, gleichwohl können die Institute nicht durch Qualität überzeugen: Statt der benötigten 222 gibt es nur 42 festangestellte Dozenten, alle anderen sind Freelance oder „Geisterprofs“. [1019]

Reportage der REPUBBLICA, 02.04.2010 (auf Italienisch)

## NIEDERLANDE: 1 MRD. EURO EINSPARUNGEN IM HOCHSCHULSEKTOR

Eine Regierungskommission schlägt Kürzungen an den Hochschulen in Höhe von 1 Mrd. Euro zulasten der Studenten vor.

Aufgrund der Wirtschaftskrise fehlen dem niederländischen Staatshaushalt im Steuerjahr 2010/2011 insgesamt 35 Mrd. Euro. Die Kommission für den



Hochschulsektor ist eine von zwanzig mit dem Auftrag, Möglichkeiten zu finden, um 20 % der Ausgaben einzusparen. Der wesentliche Vorschlag der Kommission ist nicht neu: Die staatliche Studienbeihilfe soll auf ein privates Kreditsystem

umgestellt werden, die Studiengebühren sollen erhöht und die öffentlichen Verkehrsmittel für Studenten kostenpflichtig gemacht werden.

Es ist wahrscheinlich, dass der Studentenverband LSVb erneut zu Demonstrationen gegen die Einsparungen aufrufen wird. Eine aktuelle Umfrage des LSVb zeigt, dass 20 % der Immatrikulierten ihr Studium abbrechen und 42 % der Oberschüler kein Studium aufnehmen würden, falls Studienkredite eingeführt werden sollten. [940]

Einsparungsbericht für Hochschulen, April 2010 |

Umfrage des LSVb, 01.04.2010 (beide auf Niederländisch)



## ÖSTERREICHS PRIVATUNIS WOLLEN MITREDEN

Die österreichischen Privathochschulen haben am 11. März ihre eigene Interessenvertretung ÖPUK gegründet, um in Zukunft aktiv auf die Entscheidungsprozesse im tertiären Bildungsbereich einzuwirken. Vor allem die geplante Qualitätssicherungsinitiative der Regierung, die die gemeinsame Evaluierung von allen öffentlichen und privaten Hochschulen vorsieht, hat die Privaten dazu bewogen, ihrem losen Verband jetzt einen festen rechtlichen Rahmen zu geben, um „weiteren Benachteiligungen“ vorzubeugen.

In Österreich gibt es 12 akkreditierte Privatuniversitäten, 5000 Studierende sind eingeschrieben, 37 % von ihnen sind Ausländer. An der Spitze von ÖPUK stehen Marianne Betz von der Anton-Bruckner-Universität und Andrea Koblmüller von der Managementhochschule PEF – eine Interessenvertretung mit Symbolcharakter, konnte sich doch bislang keine der öffentlichen Hochschulen zu einer weiblichen Rektorin entschließen. [913]

[Webseite](#) der Privatuniversitäten



Marianne Betz, geb. 1953,  
Rektorin der A. Bruckner  
Privatuniversität seit 2007  
und Vorsitzende der ÖPUK

## PORTUGAL: PRAKTIKA FÜR ARBEITSLOSE AKADEMIKER

Um die gegenwärtige Arbeitsmarktkrise für Absolventen zu mildern, schafft die portugiesische Regierung 5000 Praktikumsplätze im öffentlichen Sektor. Die im Winter beschlossene und seit März wirksame Initiative richtet sich an *young professionals* bis 35 Jahre, die keine Anstellung in ihrem Fachbereich finden, und wird 55 Mio. Euro kosten. Das Angebot konzentriert sich auf die Bereiche Jura, Management und Verwaltung, Wirtschaft, Informatik, Psychologie sowie Therapie und Rehabilitation. Die Praktika dauern 12 Monate inklusive einem Monat Urlaub und werden mit 800 Euro monatlich vergütet.

Offiziell waren im Februar 2010 rund 560.000 Portugiesen arbeitslos, 30 % mehr als vor einem Jahr; 30.500 davon sind Akademiker. [722]

## SCHWEIZ: STREIT UM MASTERTITEL FÜR LEHRER



Universität Zürich

80 Lehramtstudenten protestieren gegen die Abschaffung des Studiengangs „Master of Advanced Studies in Secondary and Higher Education“, für den

sie sich an der Universität Zürich eingeschrieben haben. Insgesamt streben 443 Studierende dieses Jahr das höhere Lehramt an.

Die Abschaffung des Mastertitels zugunsten des „Lehrdiploms für Maturitätsschulen“ stellt, so die Universitätsleitung, keine Abwertung dar, sie sei allein den innerschweizerischen Anerkennungsverfahren für Gymnasiallehrer geschuldet.

Da die Hochschule nicht auf den Kompromiss eingeht, beide Titel zu vergeben, wollen einige der Studierenden jetzt klagen. In ihrem Protestbrief an den Dekan

heißt es, sie hätten sich nicht nur für den Lehrgang entschieden, um an einer Schweizer Mittelschule zu unterrichten: „Wir sind der Ansicht, dass ein Mastertitel im Bologna-Zeitalter einen international anerkannten Wert darstellt.“ [915]

Mitteilung der Universität Zürich | [Erklärung](#) auf der Webseite der ETH Zürich, Dez. 2009

## SPANIEN MÖCHTE DREIMAL MEHR AUSLÄNDISCHE STUDENTEN



Màrius Rubiralta, geb. 1952,  
Staatssekretär für Hochschulen  
der spanischen Regierung

Spanien will mehr ausländische Studierende anziehen. Vor allem auf ausländische Bachelors und Masters hat es die Regierung Zapatero abgesehen und möchte bis 2020 den derzeitigen Ausländeranteil von 4 % auf 10 oder 12 % wie in Deutschland oder Frankreich erhöhen.

Im März wurde eine neue Stiftung namens *Universidad.es* ins Leben gerufen und mit einem Jahresbudget von 2 Mio. Euro ausgestattet, um weltweit für das Studienland Spanien zu werben. Bisher kommen die meisten der 65.500 Gaststudenten auf der iberischen Halbinsel aus dem spanischsprachigen Raum, und nur 16 Bachelor- und

73 Masterangebote werden auf Englisch angeboten. „Das ist nun unsere größte Herausforderung,“ so der Staatssekretär Màrius Rubiralta auf der Gründungsveranstaltung von *Universidad.es*, „Wir müssen mehr englischsprachige Studienangebote zu schaffen.“ [831]

Pressemitteilung der Stiftung Universidad.es, 27.03.2010 (auf Spanisch)

## NEUE UNIVERSITÄTEN IN DER TÜRKEI

Mit der Gründung sieben neuer Hochschulen stärkt die türkische Regierung die Akademisierung der jungen Bevölkerung und sorgt für den regionalen Ausgleich. Die Situation in den Provinzen um İstanbul, Ankara, İzmir, Bursa, Konya, Kayseri und Erzurum, sagte Premierminister Cemil Çiçek anlässlich der konstituierenden Kabinettsitzung am 15. März, verlangt nach einem größeren Hochschulangebot. Mit der Gründungsinitiative, die zur Öffnung von mehr als 60 Hochschulen in nur vier Jahren geführt hat, versucht die Regierung auf die Zahl der Schulabgänger ohne Chance auf einen Studienplatz zu reagieren.

Rund 1,5 Mio. Studieninteressenten gehen aufgrund der begrenzten Kapazitäten leer aus (s. a. *Bulletin N°026 und N°033*). Sobald die notwendigen gesetzlichen Formalitäten geklärt sind, wird die Türkei mit den neuen Einrichtungen über 148 Hochschulen verfügen. [824]

## Weitere Dienste auf unserer Webseite:



- Das ESNA-Nachrichtenarchiv  
- Der europäische Veranstaltungskalender